

**Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft**  
**Hauptvorstand**  
**Vorsitzender**



Bundesministerin für Bildung  
und Forschung  
Frau Prof. Dr. Annette Schavan  
Hannoversche Straße 28-30  
10115 Berlin

Per Fax: 030/1857-5500

☎ 069/78973-107  
☎ 069/78973-202  
E-Mail: [sabine.niestroj@gew.de](mailto:sabine.niestroj@gew.de)

15. Oktober 2009  
UT/AG

Koalitionsverhandlungen, hier: AG Bildung/Forschung

Sehr geehrte Frau Bundesministerin,

zu Ihrer Wiederwahl in den Deutschen Bundestag darf ich Ihnen zunächst herzlich gratulieren und meinen Wunsch nach einer guten Zusammenarbeit übermitteln.

Der Geschäftsführende Vorstand der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft hat sich in seiner gestrigen Sitzung mit den derzeitigen Koalitionsverhandlungen befasst und mich gebeten, Ihnen zum Bereich Bildung und Forschung unsere folgenden Positionen zu übermitteln.

Zentrale Aufgabe der neuen Bundesregierung und der sie tragenden Fraktionen, ist die Klärung der Frage, wie Deutschland zu einer gesamtstaatlichen Verantwortung für Bildung und zu klaren strategischen Zielen für ein konsistentes Konzept von Bildung, Erziehung und Betreuung kommen kann – und zwar auf der Grundlage der Leitkategorien Qualität, Chancengleichheit, Demokratie und Nachhaltigkeit.

Dazu müssen Bundesregierung und die sie tragenden Fraktionen gerade auch mit eigenen Beiträgen dafür sorgen, dass die Vereinbarung des Dresdner Bildungsgipfels, die Ausgaben für Bildung und Forschung auf 10 Prozent des Bruttoinlandsprodukts anzuheben, möglichst bald realisiert wird.

In der frühkindlichen Bildung muss der Rechtsanspruch auf einen Platz in einer Tageseinrichtung für Kinder (Krippe, Kindertagesstätte) zügig umgesetzt werden. Er muss unabhängig vom sozialen Status der Eltern von Geburt an gelten. Dabei sollen Kinder mit und ohne Behinderung gemeinsam lernen. Um die gestiegenen Anforderungen (Bildungspläne, Sprachförderung) zu bewältigen, brauchen wir eine Qualitätsoffensive in der frühkindlichen Bildung. Bund und Länder müssen für die Sicherung guter Qualität bundesweite Standards (Aus- und Weiterbildung des Personals, Gruppengröße, Vor- und Nachbereitungszeit) entwickeln und gemeinsam umsetzen. Diese Standards müssen für alle Einrichtungen gelten – unabhängig von deren Trägerschaft. Dringend notwendig sind verstärkte Investitionen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für die pädagogische Arbeit in Tageseinrichtungen für Kinder. Die Erhöhung des Kindergelds oder von Steuerfreibeträgen oder die Zahlung eines Betreuungsgeldes ist kein Beitrag zur Verbesserung der Bildungschancen und birgt die Gefahr, die soziale Spaltung in der Gesellschaft zu vertiefen.

Auch im Schulbereich darf sich der Bund nicht völlig zurückziehen. So muss z. B. das Ganztagsschulprogramm des Bundes fortgeführt werden. Das Engagement der Bundesländer und die Versorgungsquote sind bundesweit sehr unterschiedlich.

Der Bedarf, den wir bei deutlich über 50 Prozent – Tendenz steigend – veranschlagen, ist in keinem der Länder annähernd gedeckt. Bund und Länder müssen deshalb auch weiterhin an einem Strang ziehen, um die Entwicklung zu befördern und ausgewogen zu gestalten.

Es geht aber nicht nur um den weiteren quantitativen Ausbau von Ganztagschulen. Eine weitere große Herausforderung besteht in der Erhöhung der Qualität. Hierzu gehören der Ausbau gebundener Formen mit überzeugendem pädagogischen Konzept ebenso wie verbesserte Rahmenbedingungen, eine bessere personelle Ausstattung und die Weiterentwicklung der gleichberechtigten Kooperation von Jugendhilfe und Schule.

In der Hochschul- und Forschungspolitik brauchen wir über die bereit gestellten 18 Milliarden Euro hinaus, die realisiert werden müssen, einen „Hochschulpakt III“, der mindestens 370.000 zusätzliche Studienplätze vollständig ausfinanziert, damit der bevorstehende „Studierendenberg“ nicht „untertunnelt“ wird. Deutschland braucht in Zukunft nicht weniger, sondern deutlich mehr Studienanfängerinnen und -anfänger.

Die Hochschulzulassung muss bundeseinheitlich und bundesgesetzlich in einem Bundeshochschulzulassungsgesetz geregelt werden, das alle Hochschulen verbindlich zur Beteiligung an einem zentralen Verfahren verpflichtet. Im „Bologna-Prozess“ ist ein Kurswechsel einzuleiten, mit dem Ziel einer uneingeschränkten Durchlässigkeit beim Übergang vom Bachelor - zum Masterstudium, der Förderung der sozialen Dimension und einer inhaltlichen Studienreform, die Studiengänge hervorbringt, die studierbar sind und Mobilität im In- und Ausland zulassen. Die Ausbildungsförderung ist auszubauen und strukturell zu erneuern. Wenn auch in Deutschland 40 Prozent und mehr eines Altersjahrgangs ein Hochschulstudium aufnehmen und erfolgreich abschließen sollen, müssen die staatlichen Mittel für das BAföG erhöht und die Förderstrukturen verbessert werden hin zu einem elterunabhängigen und zuschussbasierten Studienhonorar. Wir brauchen ein Bund-Länder-Sofortprogramm zur Finanzierung von 10.000 zusätzlichen Stellen mit „Tenure Track“ für Nachwuchswissenschaftlerinnen und Nachwuchswissenschaftler, das die überfällige Reform der Karrierewege an den Hochschulen in Gang setzt und die Chancen von Frauen verbessert.

Im Bereich der beruflichen Bildung und Weiterbildung ist ein Rechtsanspruch auf berufliche Bildung zu realisieren. Wer nach dem Verlassen der allgemeinbildenden Schule anschließend keine berufliche Ausbildung abgeschlossen hat, muss im Rahmen arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen eine zweite Chance erhalten. Für die zukünftigen Schulabgänger müssen ausreichend Ausbildungsplätze geschaffen werden, prioritär im dualen System, falls dies nicht reicht, ergänzend an anderen Lernorten, z.B. in berufsbildenden Schulen oder bei Trägern. Berufliche Ausbildung darf keine Sackgasse sein, sondern muss grundsätzlich ohne besondere Hürden den Übergang in ein Studium ermöglichen.

Die lebensbegleitende Weiterbildung braucht endlich verlässliche nachhaltige Strukturen, die durch bundesweite gesetzliche Regelungen für berufliche Weiterbildung (Lernansprüche, Lernzeiten/Lernkonten, Finanzierung, regionale Kooperation, Mitbestimmung durch Weiterbildungsräte) abzusichern sind.

Sowohl für berufliche Bildung wie auch lebensbegleitende Weiterbildung muss unverzüglich und nachhaltig ein flächendeckendes öffentliches und kostenfrei nutzbares Beratungssystem aufgebaut werden.

Ich würde mich freuen, wenn diese Positionen in Ihren Verhandlungen Berücksichtigung finden. Für Rückfragen stehe ich Ihnen jederzeit zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Ulrich Thöne  
GEW-Vorsitzender